

Digitale Revolution

Mit einer neuen Strategie will die britische Regierung bei IT-Projekten Geld sparen und zugleich verstärkt kleinere Unternehmen an Regierungsaufträgen beteiligen. Außerdem soll ein zentrales Online-Portal der öffentlichen Verwaltung geschaffen werden.



Mehr als 16 Milliarden Pfund (rund 18 Milliarden Euro) hat Großbritannien im Haushaltsjahr 2008/2009 für die Beschaffung und den Betrieb der IT-Infrastruktur der Ämter und Behörden ausgegeben. Diese Summe will die konservativ-liberale Koalition, die seit Mai 2010 im Amt ist, drastisch senken. Mitte März 2011 verkündete die britische Regierung eine neue IT-Strategie. Ziel ist es, die Kosten für die IT um mehrere Millionen Pfund zu reduzieren. Francis Maude, Minister im Cabinet Office, sagte bei der Vorstellung der Strategie: „Die Regierung hat schon zu lange enorme Summen für ineffiziente und redundante IT-Systeme ausgegeben.“ Unter anderem soll das Oligopol

der großen IT-Konzerne im Public Sector gebrochen werden. Künftig sollen kleinere, flexiblere Projekte geplant und mit deren Umsetzung auch mittlere Unternehmen beauftragt werden.

Mit der neuen Strategie verpflichtet sich die Regierung außerdem, die Kosten für Rechenzentren, in denen öffentliche Daten verarbeitet werden, innerhalb von fünf Jahren um 35 Prozent zu senken. Über eine gemeinsame IT-Infrastruktur sollen künftig Anwendungen geteilt und wiederverwendet werden. Dazu wird ein Register der Lösungen aufgebaut und ein Public Sector App Store ins Netz gestellt. Allgemeine und offene Standards sollen für die Interoperabilität der IT-Systeme der Behörden sorgen. Die Standards sollen auch dazu beitragen, dass das Angebot breiter wird und mehr IT-Unternehmen innovative Lösungen für Ämter und Behörden entwickeln können.

Damit sind insbesondere Firmen angesprochen, die Lösungen auf Basis von Open Source Software programmieren. Ihnen wird ein Toolkit zur Verfügung gestellt, mit dessen Hilfe Best-Practice-Lösungen für die öffentliche Verwaltung evaluiert werden können. In den Behörden selbst will die Regierung

spezielle Arbeitsgruppen einrichten, die den technischen und kulturellen Wandel begleiten und somit den Einsatz von Open Source Software erleichtern sollen.

Ebenfalls in Richtung freie Software zielt das Projekt Innovation Launch Pad. Über ein speziell eingerichtetes Online-Portal konnten Software-Schmieden von Ende März bis Ende April 2011 Ideen einreichen, wie Behörden für weniger Geld ihren Service verbessern können. Die Projekte werden nun von einer Jury begutachtet und bewertet. Die Gründe für das Projekt formulierte Minister Francis Maude so: „Kleinere und mittlere Unternehmen können der öffentlichen Hand innovativere, flexiblere und kostengünstigere Produkte und Dienstleistungen anbieten, haben jedoch Schwierigkeiten, die nötige Aufmerksamkeit der Ämter und Behörden zu wecken.“ Mit dem Portal Innovation Launch Pad soll dies geändert werden. Die Firmen mit den besten Vorschlägen dürfen ihre Ideen Mitte des Jahres in 10 Downing Street präsentieren.

Kostensenkungen will die britische Regierung auch im Online-Bereich erzielen. Eine Kommission unter Leitung von Martha Lane Fox, Digital Champion der britischen Re-

Profil

■ Großbritannien

Hauptstadt:

London

Premierminister:

David Cameron
(Conservative Party)

Einwohnerzahl:

62 Millionen

Bevölkerungsdichte:

246 Einwohner je km²

Web-Präsenz:

www.direct.gov.uk



Weitere Informationen: Kurz nach seiner Wahl zum Premierminister kündigte David Cameron die Gründung einer Transparenz-Kommission an. Das im Cabinet Office angesiedelte Public Sector Transparency Board soll unter anderem Standards für offene Daten setzen und den Behörden bei der Umsetzung ihrer Open-Data-Strategien helfen.

gierung und Mitbegründerin mehrerer Web-Firmen wie lastminute.com, hatte Ende vergangenen Jahres im Bericht „Directgov 2010 and Beyond: Revolution Not Evolution“ vorgeschlagen, statt bislang mehr als 800 Behörden-Websites nur noch ein einziges Online-Portal zu schaffen. Mit dem einheitlichen Zugang zur Verwaltung sollen mehr als die Hälfte der 130 Millionen Pfund (etwa 148 Millionen Euro) gespart werden, die der Betrieb der Websites kostet. Im Mai dieses Jahres startete ein Testlauf für das einheitliche Regierungsportal. Der Prototyp alpha.gov.uk nutzt rund 200 einfache, wiederverwendbare Tools, um einige der häufigsten Fragen an die Verwaltung zu beantworten. Ziel ist es, von der Öffentlichkeit ein Feedback zu erhalten, ob die neuen Ansätze sinnvoll sind und den Bedürfnissen der Bürger Rechnung tragen. Der Prototyp erlaubt zudem einen ersten Blick darauf, wie sich eine Behörde auf einer einheitlichen Regierungsdomain präsentiert. Darüber hinaus wird mit alpha.gov.uk eine neue Informationsarchitektur auf Basis von Open Source Software getestet.

Die Pilotphase läuft zwei Monate, anschließend sollen Nutzerkommentare und erste Erfahrungen mit dem Projekt ausgewertet werden.

Mitte Juli veröffentlichte das Cabinet Office ein weiteres Strategiepapier, das den Rahmen für die Reform des öffentlichen Dienstes in Großbritannien bildet. Im Wesentlichen geht es um die Pläne der Regierung, die Dienstleistungserbringung der öffentlichen Hand für Unternehmen und gemeinnützige Organisationen zu öffnen. In einigen Passagen geht das Open Public Services White Paper auch auf elektronische Dienste ein. Unter anderem heißt es in dem Papier, die Regierung wolle einen Online-Marktplatz für elektronische Transaktionen und Informationsdienste aufbauen. Zugang zu dem Marktplatz erhalten akkreditierte Partner, die elektronische Services anbieten, etwa gemeinnützige Organisationen sowie Unternehmen der Privatwirtschaft und aus dem sozialen Bereich. Auch das Thema Open Data wird angesprochen, ab Januar 2012 soll beispielsweise eine anonymisierte nationale Schüler-

datenbank veröffentlicht werden. Ziel ist es, die Leistungsfähigkeit der Schulen sichtbar zu machen.

All diese revolutionären Aktivitäten soll ein neu ernannter Executive Director of Digital der britischen Regierung umsetzen. Mike Bracken ist künftig für die Überwachung und Verbesserung jeglicher Internet-Präsenzen der Verwaltung verantwortlich und soll dafür sorgen, dass mehr Verwaltungsdienstleistungen online angeboten werden. Anfang Juli hat der Director of Digital seinen Dienst angetreten. Zumindest für gute Presse wird er sorgen können. Bracken war Chef der Online-Entwicklung bei der Zeitung The Guardian.

Alexander Schaeff

Link-Tipp

Informationen über die neue britische IT-Strategie unter:

- www.cabinetoffice.gov.uk
- <http://alpha.gov.uk>
- www.openpublicservices.cabinetoffice.gov.uk

Weitere Links finden Sie unter www.kommune21.de.